



Alle rufen: Paddy, go home

Markus Bickel Stuttgarter Zeitung
October 24, 2005

Zehn Jahre ist es her, dass in Dayton der Frieden für Bosnien-Herzegowina geschlossen wurde. Seither ist vieles besser geworden. Doch jetzt wächst der Verdruss über die Vollmachten der Protektorsbehörde in Bosnien und mit ihm die Abneigung gegen die Vereinten Nationen.

Für Wolfgang Petritsch war es ein Heimspiel. Dreieinhalb Jahre nach seinem Abschied als hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina zählte Österreichs Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf am Donnerstag und Freitag zu den Ausrichtern der Konferenz "Zehn Jahre Dayton und danach". Tagungsort: Genf. Hauptziel: das unter Petritschs Ägide nicht durchgesetzte "Ownership"-Konzept, welches die Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch lokale Politiker und die Zivilgesellschaft vorsieht, endlich nachhaltig im politischen System Bosniens zu verankern. Sein britischer Nachfolger Paddy Ashdown, der jetzt die Geschicke des einstigen Kriegslandes verwaltet, war zwar auch da. Doch die uneingeschränkte Sympathie gehörte dem österreichischen Sozialdemokraten.

Denn knapp eine Dekade nach dem Friedensschluss von Dayton, der den Bosnienkrieg im November 1995 nach mehr als dreieinhalb Jahren beendete, lässt sich der Unmut über die ziemlich rabiate Herrschaft des britischen Lords in Bosnien-Herzegowina kaum noch verdecken. Allein an einem Tag Ende Juni vorigen Jahres entthob Ashdown fast sechzig bosnisch-serbische Amtsträger und Parteifunktionäre ihrer Posten. Der renommierte Berliner Balkanexpertenkreis European Stability Initiative (ESI) hatte dem früheren Vorsitzenden der britischen Liberaldemokraten schon im Sommer zuvor vorgeworfen, das Nachkriegsland zu regieren wie die königliche Kolonialmacht Indien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

"Paddy, go home", rufen deshalb Wirtschaftstreibende und Politiker nicht nur in der bosnisch-serbischen Republika Srpska. Auch in der muslimisch-kroatischen Föderation - dem zweiten in Dayton geschaffenen bosnischen Bundesland - sehnt man sich nach einem Nachfolger, der den lokalen Autoritäten mehr Spielraum bei der Verwaltung lässt. Petritsch sprach diesen Kreisen auf der Konferenz aus dem Herzen. "Die überwältigende Dominanz der internationalen Gemeinschaft in Bosnien muss beendet werden", so Petritsch. In der Zielsetzung stimmte ihm auch der von allen Seiten kritisierte zu: "Mein Ziel war es, Bosnien unwiderruflich zu einem normalen Staat zu machen und das Land auf den Weg Richtung EU und Nato zu bringen", sagte Ashdown in Genf. "Das ist die

Voraussetzung, um die Rolle des hohen Repräsentanten zu reduzieren - und die Behörde letztendlich abzuschaffen." Allerdings scheint er bei der Wahl der Mittel zur Umsetzung der Pläne anderer Meinung als sein Vorgänger zu sein.

Pläne zur Ausdünnung der Verwaltungsposten unter internationaler Führung hegt die EU schon seit Längerem. Seit Ashdowns Amtsantritt im Frühjahr 2002 ist der oberste Repräsentant nicht mehr allein UN-Generalsekretär Kofi Annan rechenschaftspflichtig. Als Sondergesandter von EU-Außenpolitikchef Javier Solana (EUSR) ist der "High Rep" in den vergangenen Jahren auch zunehmend zum Statthalter der Brüsseler Bosnienpolitik geworden - auch wenn die USA und Russland im Friedensimplementierungsrat, einer Art Aufsichtsrat der Protektorsbehörde, weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die kostenintensive Präsenz in dem dreieinhalb Millionen Einwohner zählenden Land aber will sich die Union nicht länger leisten. Der im Dezember erwartete Beginn von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU soll deshalb den Anfang vom Ende der umfassenden Vollmachten des Protektorschefs einleiten.

Greifen muss dann "das Mantra der Eigenverantwortung", wie Petritsch das neue Ownership-Konzept umschreibt. Dass das nicht einfach wird, darüber waren sich alle Teilnehmer der Genfer Konferenz im Klaren. Noch immer wollen zwei der drei Bevölkerungsgruppen den neuen Staat eigentlich nicht, und alle Seiten umgehen nötige Kompromisse gerne mit Verweis auf die Entscheidungshoheit des hohen Repräsentanten. Leicht haben dürfte es deshalb auch Ashdowns Nachfolger nicht, der in den kommenden Wochen ernannt werden soll. Vielleicht ein Deutscher? Für möglich, ja für wahrscheinlich, halten dies in Genf einige. "Es hat mich schon erstaunt, dass Berlin bislang keinen eigenen Kandidaten für den Posten vorgeschlagen hat", sagte Petritsch.

Paddy Ashdown ist als UN-Repräsentant in Bosnien umstritten. Seit der Friedensvertrag vor zehn Jahren unterzeichnet wurde, ist das Land unter Verwaltung der Vereinten Nationen.